

(Vizepräsident Spitz.)

- (A) der Ersten Kammer neue Mitglieder als Vertreter bestimmter Berufe zuzuführen. Fängt man einmal damit an, einzelnen Berufsständen besondere Vertreter zuzugestehen, so würde man die Frage der Reform der Ersten Kammer nie aus der Welt schaffen, sondern sie erst recht zu einer dauernden machen. Ein Beruf nach dem anderen würde sich als nicht vertreten zu Worte melden. Daher bedeutet dieser Weg die bekannte schiefe Ebene, vor deren Beschreitung nicht ernstlich genug gewarnt werden kann."

So, meine verehrten Herren, drückt sich ein durchaus industriefreundliches und ein, ich glaube, auch auf durchaus liberalem Standpunkte stehendes Blatt aus.

(Zurufe in der Mitte.)

Ich möchte damit über diese Bestrebungen durchaus noch nicht endgültig abgeurteilt haben; aber dem Eindrucke kann ich mich allerdings nicht entziehen, daß der Schwierigkeiten, die sich der berufsständischen Lösung dieser Frage entgegenstellen, ungezählte sind, daß sie meines Erachtens auch noch immer stärker werden und daß es daher sehr schwer sein wird, von diesem Standpunkte der gegenwärtigen Frage beizukommen.

Es ist nun interessant, daß derselbe Artikelschreiber darauf zukommt, daß man letzten Endes doch immer wieder den Grundbesitz als denjenigen Faktor ansehen müsse, der auch hierfür die geeignete Lösung gebe, freilich nicht den landwirtschaftlichen Grundbesitz allein, sondern überhaupt den Grundbesitz, sowohl auf dem Lande als auch innerhalb der Stadt. Ich glaube, meine verehrten Herren, der Gedanke, der hier angedeutet ist, ist in der Tat weiterer Erwägung wert, und er ist es vielleicht doch, der es noch ermöglichen wird, die hier beabsichtigten Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen.

Jedenfalls — das wiederhole ich — kann die Hohe Kammer darauf rechnen, daß auch wir stets bemüht sein werden, mitzuwirken bei dem Bestreben, eine Reform der Ersten Kammer zu erreichen, und daß wir es mit großer Genugtuung begrüßen würden, wenn in dieser Richtung etwas Ersprießliches für das Land geschaffen werden könnte.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ehe ich das Wort weiter gebe, möchte ich noch die Tagesordnung für morgen verkünden, damit sie gedruckt werden kann. Ich beraume die nächste öffentliche Sitzung auf Freitag den 13. Februar, vormittags $\frac{1}{2}$ 10 Uhr, an und setze auf die Tagesordnung:

1. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 31 von Kap. 16 des ordentlichen Staatshaushalts-Stats für

1914/15, Bauliche Herstellungen auf dem Bahnhofs-Verlasgrün betreffend. (Drucksache Nr. 173.)

2. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 8 des außerordentlichen Staatshaushalts-Stats für 1914/15, Erbauung und Erweiterung von Heizhausständen für Lokomotiven betreffend. (Drucksache Nr. 174.)

3. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über das Königliche Dekret Nr. 18 unter B 3 wegen zweigleisigem Ausbau der Strecke Stein-Hartenstein-Wiesenburg (Sa.) (Drucksache Nr. 175.)

4. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über die Petition der Gewerbevereine zu Geyer und Ehrenfriedersdorf um Einführung der Schmalspurbahn Thum-Geyer in den Bahnhof Annaberg. (Drucksache Nr. 176.)

5. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über die Petition des Gemeinderats zu Waschleithe mit Heide und Genossen um Erbauung einer Eisenbahn von Grünstädtel über Elterlein nach Geyer. (Drucksache Nr. 177.)

Ich erteile nun das Wort dem Herrn Staatsminister Grafen Bixthum v. Eckstädt.

Staatsminister Graf Bixthum v. Eckstädt: Meine Herren! Die Regierung hat schon wiederholt Gelegenheit gehabt, sich über die auf eine Reform der Ersten Kammer gerichteten Wünsche vor Ihnen auszusprechen. Ich darf zunächst an die Regierungsvorlage des Jahres 1905 erinnern, welche eine Vermehrung der Ersten Kammer um 6 Sitze in Aussicht nahm. Diese Vorlage, welche nach vorsichtigster Fühlungnahme mit allen Mitgliedern beider Häuser des Landtages eingebracht worden war, scheiterte bekanntlich im wesentlichen daran, daß die Zweite Kammer die Reformvorlage gewissermaßen als Abschlagszahlung aufzufassen wünschte, während die Erste Kammer ihre Zustimmung davon abhängig machte, daß die Reformbestrebungen damit auf absehbare Zeit ihre Befriedigung fänden.

Ich erwähne diese Vorgänge nur, um darauf hinzuweisen, wie außerordentlich schwierig es ist, die endgültige Stellungnahme der Parlamente in einer solchen Angelegenheit vorauszusagen, und zwar um so mehr, wenn die Regierung darauf angewiesen ist, die Stellung der Mitglieder des Parlaments nur aus unverbindlichen Äußerungen einzelner Politiker kennen zu lernen.